

Zum Kontext der Studie

Vor fast genau 3 Monaten, am 20ten März präsentierte Minister Claude Meisch den Gesetzestext zur Reform der Studienbeihilfen. Von Anfang an war klar, dass der Minister unbeeindruckt von vorherigen Gesprächen mit Studierendenvertretern und ohne ausreichendes statistisches Fundament diesen Text zusammengesetzt hatte. Vor nun genau 2 Monaten, einem Monat nach Vorstellung des Gesetzes, gingen 17'000 junge Menschen auf die Straße um gegen diese Sparmaßnahme zu protestieren.

Von allen Seiten hagelte es Kritik, Gewerkschaften, CSL, Schülerorganisationen, Jugendparteien, Oppositionsparteien, Studierendenorganisationen, Künstlerkollektive und zahlreiche Einzelpersonen liefen Sturm. Petitionen wurden eingereicht, viele Gespräche wurden geführt, aufwendige Analysen wurden angefertigt. Zentral war neben der Forderung *"Et spuert een net un der Bildung"* immer der Hinweis auf einen eklatanten Mangel an Studien und Zahlenmaterial, ohne die diese Reform blind durchgeführt wird. Das Fehlen dieser unbedingt notwendigen Studien haben auch der Minister und die Regierungsparteien mehrmals öffentlich bedauert, dennoch haben sie sich nicht davon abhalten lassen unbeeindruckt das Gesetz durchzuboxen und sämtliche substantielle Kritik zu ignorieren.

Zu keinem Zeitpunkt hat die Regierung selbst versucht, eine fundierte Argumentationsbasis zu generieren, die Regierungstaktik beschränkte sich auf Diffamierungen der Gegner ("Luxus- und Partystudenten"), Parteipolitischer Kleinkrieg (En-Bloc-Ablehnung nuancierter Mentionen in der Chamberskommission), Vermeidung offener Konfrontation (Gespräche beim Minister und vor der Chamberskommission nur hinter geschlossenen Türen), Ablenkungsmanöver (Gespräche mit der eigenen Jugendpartei als Gespräch mit "Vertretern der Jugend" verpacken), offensichtlich Täuschung (bewusstes Verwenden falscher Zahlen beim Berechnen der Gesamtausgaben), das Aufstellen von Fallen (Einladungen zu Informationsveranstaltungen nur wenige Stunden vor Beginn, parallel in den Medien schon über die wahrscheinliche Abwesenheit der Studierendenvertreter spekulieren), nationalistische Stimmungsmache (Grenzgänger verantwortlich für die Kürzungen machen), dem Arbeiten seitens der Regierung ohne Fachkompetenz und dem kompletten Ignorieren der entgegengebrachten Kritik. Der gesamte Prozess hat das hässliches Gesicht einer stoischen Politik gezeigt und hat vor allem junge Leute in Fassungslosigkeit zurückgelassen. Anstatt, wie angekündigt, Transparenz und Partizipation zu generieren, generiert diese Regierung vor allem eines: Politikverdrossenheit.

Kurz vor dem Ende dieses Prozesses geht das Aktionskomitee 6670 noch ein Mal in die Offensive. Mit einem Monat Vorbereitung, einem zweiwöchigem Zeitfenster für die Beantwortung und einer extrem kurzen Bearbeitungs- und Auswertungszeit liegen nun erstmals Daten vor um die aktuelle Studien- und Lebenssituation der Studierenden vor und bieten eine Gelegenheit sich fundiert mit dem Impact des Gesetzestextes auseinander zu setzen.

Konsequenzen der Studie

Das Aktionskomitee 6670 ist bei der Ausarbeitung der Studie sehr gewissenhaft vorgegangen. Es war von Anfang an klar, dass auch nur der kleinste methodologische Fehler direkt den Anlass bieten würde, die gesamte Arbeit in Frage zu stellen und zu diskreditieren.

Das Kapitel 5) Vorgehensweise und Repräsentativität der Analyse des Aktionskomitees liefert einen detaillierten Einblick in die Vorgehensweise des Aktionskomitees und des CIJ. Die nun vorliegende Studie ist ohne Zweifel belastbar und aussagekräftig.

Die zentralen Konsequenzen, die zu ziehen wären, um der vorliegenden Studie gerecht werden zu können wären, nach Ansicht des Aktionskomitees:

- a) Ein einjähriges Moratorium muss beschlossen werden
- b) Die Ergebnisse dieser Studie müssen gründlich analysiert werden
- c) Zusätzliche Studien müssen geplant und durchgeführt werden

Nur diese Vorgehensweise führt zu einer fundierten Diskussion und einem guten Gesetz. Geschieht dies nicht, besteht die Gefahr:

- Ein eventuell sehr erfolgreiches Modell ohne Überprüfung und ohne Wissen über Vor- und Nachteile komplett abzuschaffen.
- Ein Experiment mit 25'000 Studierenden ab kommenden Herbst blind zu starten. Ein administratives Chaos wäre unvermeidbar.
- Den eigenen im Gesetzesprojekt verankerten Zielen (Bedarfsorientiert, ausreichend, sozial gerecht, Unabhängigkeit garantierend) nicht gerecht werden zu können und ein extrem widersprüchliches Gesetz zu verabschieden.
- Dass der Wille des direkten Einsparens vor das Wohlergehen der Studierenden gestellt wird.

In den folgenden Tagen wird sich in jedem Fall eindrucksvoll zeigen, inwiefern es dem Minister Claude Meisch und den Regierungsparteien um den Inhalt dieses Gesetzes und um das Ausarbeiten einer guten Reform geht oder ob fachliches Desinteresse, Austeritätspolitik und Machtpoker weiterhin im Vordergrund stehen.